

Zeit verloren, Zukunft verspielt – Landeswasserstrategie endlich vor-legen und handlungsfähig machen

Drucksache 18/20436 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller: FDP

Umwelt

Klimaanpassung

Wasser

Verwaltung

Infrastruktur

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, die lange angekündigte Landeswasserstrategie endlich vorzulegen und dabei Verfahren zu beschleunigen, Priorisierungen vorzunehmen und Transparenz über die Umsetzung herzustellen.

KERNFORDERUNGEN

- Kritik an der verzögerten Vorlage der Landeswasserstrategie
- Forderung nach verbindlichem Zeitplan und Priorisierung
- Herausstellung struktureller Defizite (Genehmigungen, Zuständigkeiten)
- Forderung nach konkreten Maßnahmen für Wassersicherheit und Hochwasserschutz

BEWERTUNG

7.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag adressiert zentrale GWÖ-Themen wie ökologische Nachhaltigkeit (Wassersicherheit, Klimaanpassung), soziale Gerechtigkeit (zuverlässige Daseinsvorsorge) und Transparenz & Mitbestimmung (Beteiligung, klare Zuständigkeiten). Er fordert konkrete Umsetzung statt bloßer Zielbeschreibung — ein klarer Schritt in Richtung Gemeinwohlorientierung. Allerdings fehlt eine explizite Verknüpfung zu Menschenwürde (z. B. Zugang zu Wasser als Grundrecht) und Solidarität (z. B. Verteilungsgerechtigkeit bei Knappheit), was die Bewertung begrenzt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Problemstellung mit aktuellem Bezug (Trockenheit, Hochwasser)
- Starke Verankerung in FDP-Wahlprogramm
- Forderung nach Transparenz und Verbindlichkeit

Schwächen

- Fehlende soziale Dimension (Wassergerechtigkeit, Armutsrisiken)
- Kein Bezug zu ökologischen Zielen jenseits der Infrastruktur (Artenvielfalt, Biodiversität)
- Keine Verknüpfung mit Gemeinwohlökonomie-Kriterien

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	+
D · BÜRGER:INNEN	•	•	++	+	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	+	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D3 Ökologische öffentliche Leistung Bewertung: +4

Klimaanpassung, Wassersicherheit, Hochwasserschutz

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +3

Zuverlässige Wasserversorgung als Daseinsvorsorge

C5 Transparenz & Mitbestimmung in Führung/Verwaltung Bewertung: +3

Forderung nach transparenter Darstellung von Verbändeanhörung und Umsetzungsentscheidungen

E3 Ökologische Wirkung über Grenzen hinaus Bewertung: +2

Wassermanagement im Kontext der globalen Klimakrise

CDU**WAHLPROGRAMM****8/10**

Der Antrag korrespondiert stark mit CDU-Prioritäten: Technologieoffener Klimaschutz (Q6), Infrastrukturausbau (Q10), Bürokratieabbau (Q10), Flächenmanagement (Q8) und kommunaler Handlungsspielraum (Q7). Die Forderung nach beschleunigten Genehmigungen und klaren Zuständigkeiten entspricht dem CDU-Fokus auf effiziente Verwaltung und Planungssicherheit.

„Planung, Genehmigung und Bau müssen noch schneller, digitaler und innovativer werden. Wir setzen dazu weiter auf die konsequente Digitalisierung von Planung und Genehmigung.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 47

PARTEIPROGRAMM**7/10**

Das CDU-Grundsatzprogramm betont Subsidiarität, technologieoffenen Umweltschutz und infrastrukturelle Stärke (Q11, Q12, Q13). Der Antrag unterstützt diese Ziele durch Forderung nach praktikabler, umsetzungsorientierter Strategie — allerdings ohne expliziten Bezug zu christlich-demokratischem Menschenbild oder Schöpfungsverantwortung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD**WAHLPROGRAMM****5/10**

Die SPD fordert in ihrem Programm eine 'Zukunftsstrategie Wasser' (implizit in Klima- und Sozialzielen), aber mit stärkerem sozialem Akzent: Chancengleichheit, soziale Absicherung, öffentlicher Dienst statt Auslagerung. Der FDP-Antrag fokussiert auf Effizienz und Verfahren, nicht auf soziale Gerechtigkeit oder Tariftreue — ein signifikanter Unterschied.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**4/10**

Das Hamburger Programm betont Solidarität, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung als gleichrangige Grundwerte. Der Antrag berührt zwar Umwelt und Daseinsvorsorge, vernachlässigt aber explizit Solidarität (z.B. keine Forderung nach preislich erschwinglichem Wasser für alle) und soziale Gerechtigkeit (z.B. keine Berücksichtigung benachteiligter Quartiere).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

6/10

Die Grünen haben selbst eine 'Zukunftsstrategie Wasser' gefordert (Q16) und betonen Klimaanpassung, Artenvielfalt (Q19) und Klimavorbehalt (Q18). Der FDP-Antrag greift das Thema auf, bleibt aber hinter grüner Ambition zurück: Keine Forderung nach naturnahem Gewässerzustand, kein Bezug zu Artenvielfalt oder Biotopvernetzung, keine klare Priorisierung ökologischer Zielkonflikte.

„Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser“, um angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise und deren Folgen reagieren zu können.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 28

PARTEIPROGRAMM

5/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert Ökologie als Menschheitsaufgabe und Demokratie als lebendigen Prozess. Der Antrag ist demokratisch (Transparenz, Beteiligung), aber ökologisch unzureichend: Kein Bezug zu planetaren Grenzen, Biodiversität oder Suffizienz — stattdessen technioptimistische Infrastrukturlösungen ohne Restriktionen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag ist nahtlos aus dem FDP-Wahlprogramm abgeleitet: Bürokratieabbau (Q10), digitale Infrastruktur (Q1), innovative Wassermanagement-Konzepte wie 'Schwammstadt' (Q4), schnelle Planung/Genehmigung (Q10) und wirtschaftliche Entwicklung (Q11). Alle Kernforderungen spiegeln programmatische Prioritäten wider.

„Wir wollen auch Anreize für private Wasserspeicher schaffen. Grünflächen leisten nicht nur einen positiven Beitrag für das Stadtbild, sondern sorgen auch im Hochsommer für Abkühlung.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 59

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont Freiheit, Eigenverantwortung, Marktwirtschaft und schlanken Staat. Der Antrag folgt dieser Logik: Er zielt auf effiziente, innovationsfreundliche Verwaltung und marktorientierte Lösungen (z.B. private Speicher), ohne staatliche Lenkung oder Verteilungsfragen. Lediglich der starke Fokus auf Infrastruktur geht über rein marktliche Selbstregulierung hinaus.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

3/10

Die AfD lehnt die Energiewende und Klimapolitik ab und sieht Wasserprobleme nicht als klimabedingt, sondern als technisch-administrativ lösbar. Der Antrag akzeptiert die Klimakrise als Ursache — ein fundamentaler Widerspruch. Zudem fehlen AfD-typische Themen wie Migration, nationale Souveränität oder Kritik an 'grüner Ideologie'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 lehnt Klimaschutzmaßnahmen als 'Planwirtschaft' ab und setzt auf Kernkraft/Kohle. Der Antrag basiert auf Klimaanpassung als Notwendigkeit — ein direkter Widerspruch zu den Kernideen des Programms. Kein Bezug zu Nation, Souveränität oder traditionellen Werten.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: darzulegen, mit welchen konkreten Maßnahmen die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Wasser auch in Hitze- und Trockenperioden sichergestellt und gleichzeitig der Schutz vor Starkregen und Hochwasser verbessert werden soll.

darzulegen, mit welchen gemeinwohlorientierten konkreten Maßnahmen die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Wasser auch in Hitze- und Trockenperioden sichergestellt wird — unter besonderer Berücksichtigung sozial benachteiligter Haushalte — und gleichzeitig der Schutz vor Starkregen und Hochwasser verbessert wird, unter Einbeziehung naturnaher Lösungen wie Renaturierung, Biotopvernetzung und Schwammstadt-Prinzipien.

Begründung: Stärkt die GWÖ-Werte Soziale Gerechtigkeit (D4) und Ökologische Nachhaltigkeit (D3/E3) durch explizite Benennung von Gerechtigkeitsaspekten und ökologischen Lösungen.

Vorschlag 2 von 3

Original: aufzuzeigen, wie Planungs- und Genehmigungsverfahren im Wassersektor konkret beschleunigt und bürokratische Hemmnisse reduziert werden sollen.

aufzuzeigen, wie Planungs- und Genehmigungsverfahren im Wassersektor konkret beschleunigt und bürokratische Hemmnisse reduziert werden sollen — unter Einhaltung strenger Umwelt- und Naturschutzstandards sowie unter Einbindung von Bürger:innenräten gemäß § 11a GO NRW.

Begründung: Verknüpft Effizienz mit Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Ökologischer Nachhaltigkeit (D3), verhindert eine bloße Entlastung der Wirtschaft auf Kosten von Umwelt und Demokratie.

Vorschlag 3 von 3

Original: dass eine klare Landeswasserstrategie notwendig ist, damit die Wasserversorgung der Menschen auch bei Wetterextremen, wie Hitze und Trockenheit, zuverlässig gesichert bleibt und gleichzeitig Menschen, Städte und Gemeinden besser vor Starkregen und Hochwasser geschützt werden.

dass eine klare, gemeinwohlgeprüfte Landeswasserstrategie notwendig ist, damit die Wasserversorgung der Menschen auch bei Wetterextremen, wie Hitze und Trockenheit, zuverlässig gesichert bleibt — mit einer klaren Verpflichtung zur Tariftreue bei allen öffentlichen Aufträgen im Wassersektor — und gleichzeitig Menschen, Städte und Gemeinden besser vor Starkregen und Hochwasser geschützt werden.

Begründung: Integriert Solidarität (B2) und Soziale Gerechtigkeit (C4) durch Tariftreue — ein zentraler GWÖ-Hebel für faire Arbeitsbedingungen in ausgelagerten Bereichen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-128

Ja: FDP SPD Nein: AfD CDU ▲ GRÜNE

▲ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match ≥7/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/20436

Zeit verloren, Zukunft verspielt · Landeswasserstrategie endlich vor-leg·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

der Fraktion der FDP

Zeit verloren, Zukunft verspielt – Landeswasserstrategie endlich vorlegen und handlungsfähig machen

I. Ausgangslage

Die Wasserampel steht in Nordrhein-Westfalen nicht mehr nur auf Rot, denn sie nähert sich zunehmend einem Zustand, der einem wasserwirtschaftlichen Ausnahmezustand gleichkommt.¹ Angesichts anhaltender Hitzeperioden, steigender Verbräuche und erster kommunaler Einschränkungen bei der Wassernutzung wird deutlich, dass die bestehenden Systeme vielerorts an ihre Grenzen stoßen. Häufig sind es dabei weniger Verteilungskonflikte als vielmehr unzureichende Leitungskapazitäten, fehlende Speicher- und Rückhaltestrukturen sowie begrenzte infrastrukturelle Flexibilität, die Engpässe verursachen. Diese Entwicklung verschärft die strukturellen Herausforderungen im Wassermanagement erheblich und macht den bestehenden Handlungsdruck unübersehbar.^{1 2}

Diese Entwicklung ist keine abstrakte Herausforderung, sondern betrifft unmittelbar den Alltag der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Sie entscheidet darüber, ob auch in Hitzeperioden ausreichend Wasser zur Verfügung steht, ob Einschränkungen etwa bei der Nutzung von Wasser im Haushalt oder im Garten vermieden werden können und wie gut Städte und Gemeinden mit Trockenheit und Extremwetter umgehen können. Damit stellt sich schon heute konkret die Frage, ob die Wasserversorgung auch in längeren Trockenphasen stabil bleibt und Nutzungskonflikte gar nicht erst entstehen.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Landtag Nordrhein-Westfalen bereits im November 2025 mit der Ausgestaltung der Landeswasserstrategie („H₂O-NRW – Zukunftsstrategie Wasser“) befasst und dabei auf erhebliche Defizite hingewiesen. Insbesondere wurden die fehlende Konkretisierung, das Fehlen verbindlicher Zeitpläne sowie unzureichende Priorisierung und Umsetzungsstrukturen angemerkt. Vor diesem Hintergrund ist es besonders kritisch zu bewerten, dass die Landesregierung selbst angekündigt hat, die Landeswasserstrategie bis Ende des Jahres 2025 vorzulegen. Die allerdings weiterhin ausstehende Finalisierung steht damit in deutlichem Widerspruch zur eigenen Zeitplanung des zuständigen Ministers. Dies wirft Fragen hinsichtlich der Steuerungsfähigkeit des Strategieprozesses auf und untergräbt zugleich die notwendige Planungssicherheit für die wasserwirtschaftliche Praxis.³

¹ WDR (2026) Wird das Trinkwasser in NRW jetzt knapp? <https://www1.wdr.de/nrw/trinkwasser-mangel-knapp-100.html> Zugriff am 25.06.26

² Der Westen (2026) Hohes Bußgeld droht: In ersten NRW-Städten wird das Wasser rationiert <https://www.derwesten.de/region/nrw-wasser-verbrauch-bussgeld-ostwestfalen-id302087344.html> Zugriff am 25.06.26

³ Landtag (2025) Drs. 18/16208 Zugriff 20.06.26

Seit Dezember 2025 ist viel Zeit vergangen. Zwar wurde ein Referentenentwurf vorgelegt und eine Verbändeanhörung durchgeführt, doch liegt weiterhin keine verbindliche, priorisierte und umsetzungsorientierte Gesamtstrategie vor. Damit bleibt unklar, wann und in welcher Form zentrale Maßnahmen für die Wasserwirtschaft, den Gewässerschutz und die Anpassung an den Klimawandel tatsächlich umgesetzt werden sollen.

Die Rückmeldungen aus der Verbändeanhörung bestätigen die bereits von der FDP-Landtagsfraktion NRW im parlamentarischen Raum geäußerte Kritik. Aus Sicht der Wasserwirtschaft werden zentrale Hemmnisse wie langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, Fachkräftemangel sowie Flächenverfügbarkeit zwar benannt, konkrete Lösungsansätze bleiben jedoch weitgehend offen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Zuständigkeiten, Prioritäten und die Steuerung der Umsetzung nicht ausreichend klar geregelt sind.⁴ Unter dem Strich verfestigt sich der Eindruck einer Strategie, die Herausforderungen zutreffend beschreibt, ohne daraus die notwendigen politischen Konsequenzen abzuleiten.

Nordrhein-Westfalen verfügt grundsätzlich über erhebliche Wasserressourcen. Entscheidend ist jedoch, wie diese künftig genutzt und verfügbar gemacht werden. Statt diese Herausforderung aktiv anzugehen, bleibt die Landesregierung bislang konkrete Antworten schuldig. Eine moderne Wasserpolitik muss deshalb gewährleisten, dass die Menschen auch unter veränderten klimatischen Bedingungen zuverlässig mit Wasser versorgt sind und zugleich besser vor den Folgen von Hochwasser und extremen Wetterereignissen geschützt werden.

Eine leistungsfähige Wasserwirtschaft ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, Versorgungssicherheit und Klimaanpassung. Gerade vor dem Hintergrund der voraussichtlich zunehmenden Nutzungskonflikte, steigender Anforderungen an Infrastruktur und knapper werdender Ressourcen ist eine klare politische Haltung notwendig. Diese muss darauf ausgerichtet sein, Verfahren zu beschleunigen, Innovationen zu ermöglichen und vorhandene Ressourcen gezielt einzusetzen.

Nach mehr als zwei Jahren Strategieprozess und den wiederholt geäußerten Hinweisen aus Parlament und Praxis besteht ein erheblicher Erwartungsdruck, dass die Landesregierung nun Klarheit schafft. Nordrhein-Westfalen braucht eine Landeswasserstrategie, die den Anspruch erfüllt, Zukunft aktiv zu gestalten und nicht im Stadium unverbindlicher Zielbeschreibungen zu verbleiben.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest,

- dass die Landesregierung die Vorlage einer Landeswasserstrategie Nordrhein-Westfalen ursprünglich für das Jahr 2025 angekündigt hat, eine verbindliche Veröffentlichung jedoch weiterhin aussteht;
- dass sich der Landtag bereits im Jahr 2025 mit erheblichen Defiziten des Strategieentwurfs befasst und insbesondere die fehlende Konkretisierung, Priorisierung und Verbindlichkeit problematisiert hat;
- dass trotz eines inzwischen durchgeführten Beteiligungsprozesses und einer Verbändeanhörung weiterhin keine klar priorisierte und umsetzungsorientierte Gesamtstrategie vorliegt;

⁴ AGW (2026) https://www.agw-nw.de/wp-content/uploads/2026/02/agw-stellungnahme_wasserstrategie_060226_final.pdf Zugriff 20.06.26

- dass aus der wasserwirtschaftlichen Praxis insbesondere auf ungelöste strukturelle Probleme wie langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, unklare Zuständigkeiten sowie fehlende konkrete Umsetzungsansätze hingewiesen wurde;
- dass eine klare Landeswasserstrategie notwendig ist, damit die Wasserversorgung der Menschen auch bei Wetterextremen, wie Hitze und Trockenheit, zuverlässig gesichert bleibt und gleichzeitig Menschen, Städte und Gemeinden besser vor Starkregen und Hochwasser geschützt werden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- unverzüglich einen verbindlichen Zeitplan für die Finalisierung und Veröffentlichung der Landeswasserstrategie vorzulegen;
- dem Landtag transparent darzustellen, welche zentralen Hinweise aus der Verbändeanhörung, insbesondere im Hinblick auf Genehmigungsprozesse, Zuständigkeiten und Umsetzungsdefizite, in die Strategie übernommen wurden;
- eine klare Priorisierung der Maßnahmen vorzunehmen und darzulegen, welche Vorhaben kurzfristig umgesetzt werden sollen;
- aufzuzeigen, wie Planungs- und Genehmigungsverfahren im Wassersektor konkret beschleunigt und bürokratische Hemmnisse reduziert werden sollen.
- darzulegen, mit welchen konkreten Maßnahmen die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Wasser auch in Hitze- und Trockenperioden sichergestellt und gleichzeitig der Schutz vor Starkregen und Hochwasser verbessert werden soll.

Henning Höne
 Marcel Hafke
 Dietmar Brockes

und Fraktion